

Ich habe anlässlich der Friedenskonferenz vom 15. und 16. Juni 2024 auf dem Bürgenstock ein Bild gemalt (100 × 185 cm), das den Titel trägt: "Warten auf die Friedenstaube".

9. Die doppelte „Rahmung“ des Ukrainekrieges

Die Kulturanalyse versucht die „Rahmen“ zu erschliessen, die von den ProduzentInnen von Texten, Fotografien und Filmen über die Wirklichkeit des Krieges benutzt werden, um den Krieg zu legitimieren bzw. ihn in der Öffentlichkeit als illegitim darzustellen. Die Wirklichkeit des Krieges kann nicht als solche repräsentiert werden, sondern die beobachteten Fakten und Ereignisse werden jeweils unter Benutzung von bestimmten

Annahmen miteinander verknüpft, die durch den jeweiligen „Rahmen“ gegeben sind. Diese Annahmen sind nicht das Ergebnis von individuellen Entscheidungen, sondern sie sind weitgehend durch den öffentlichen Diskurs vorgegeben. Die Verankerung der „Rahmen“ im öffentlichen Diskurs ist geradezu eine Voraussetzung dafür, dass die Kriegsberichterstattung ihr Zielpublikum erreicht.

Im folgenden sollen die beiden Rahmungen, die den Diskurs in der Öffentlichkeit bestimmen, kurz skizziert werden. Der „geopolitische“ Rahmen stellt das Vorgehen Russlands in der Ukraine als „legitime“ Gegenaktion dar, um sie vor „dem Westen“ zu retten. Demgegenüber stellt der zweite „demokratiepolitische“ Rahmen ein Entwicklungsmodell dar, das die UkrainerInnen für sich selbst gewählt haben. Es ist der Wille, dieses Modell auch mit Gewalt zu verteidigen, das die ukrainische Bevölkerung heute in diesem Krieg eint.

Die geo-politische Rahmung

Die Aufteilung der Welt in die Segmente der beiden Supermächte USA und UdSSR einerseits und in das Segment der blockfreien Nationen andererseits stellte einen vergleichsweise stabilen geopolitischen Rahmen für die Aussenpolitik von Ländern dar. In der Epoche des „Kalten Krieges“ waren sämtliche Konflikte zwischen souveränen Staaten dem dominanten Ost-West Konflikt und dem damit verbundenen Nord-Süd-Konflikt untergeordnet. Je mehr diese zentralen Konfliktdimensionen an Bedeutung verloren haben, desto stärker rückten regionale Konflikte und damit verbundene

national-kulturelle Identitäten in den Vordergrund. Die Revitalisierung von historisch älteren Kulturschichten stellt ein Mittel dar, mit dem sich Autokraten eine von den sozio-ökonomischen Entwicklungswerten unabhängige Massenbasis zu schaffen versuchen. Letztere sind zusammen mit den Menschenrechten und dem Völkerrecht Teil einer Weltkultur, die nach dem Ende des zweiten Weltkrieges vor allem mit Hilfe der UNO institutionalisiert worden ist. Angesichts des Zerfalls dieser Weltkultur und der damit verbundenen Schwächung der UNO greift die Rede von einem „Stellvertreterkrieg“ zwischen Ost und West, der angeblich in der Ukraine geführt wird, eindeutig zu kurz. Wladimir Putin, für den der Zusammenbruch der Sowjetunion die grösste geopolitische Katastrophe des vergangenen Jahrhunderts darstellt, ist weit davon entfernt, durch den Krieg in der Ukraine die verlorene Grossmachtsstellung der früheren Sowjetunion wieder herzustellen. Die Propagierung einer „russischen Welt“, mit der er die völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine zu legitimieren versucht, stand ganz klar im Dienste einer regionalen Politik, die auf die Schaffung einer Eurasischen Union als eigenständigem wirtschaftlichem und politisch-militärischen Machtblock zwischen der EU und China ausgerichtet war und in der das sozioökonomische Potential der Ukraine eine zentrale Rolle spielen sollte. Da die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung Putin's Prestigeprojekt gegenüber keine Begeisterung zeigte, liegt die Vermutung nahe, dass die „Spezialoperation“ zur angeblichen „Entnazifizierung“ auf einen Regimewechsel abzielte, der dann bekanntlich nicht stattgefunden hat.

Die demokratie-politische Rahmung

Das wichtigste Ereignis in der jüngeren Geschichte der Ukraine unter demokratiepolitischem Gesichtspunkt stellt die Orangene Revolution von 2004 dar. Die Revolution wurde als ein Handlungsmodell in den Händen der Zivilgesellschaft gesehen, die ihre politischen Interessen auf demokratischem Wege gegen korrupte und autoritäre Herrscher durchzusetzen versuchte. In dieser Rahmung wird Politik nicht als ein von oben nach unten gerichteter administrativer Vorgang verstanden, sondern als ein von den betroffenen Akteuren ausgehandelter Prozess mit den Inhabern der politischen Macht. Die Orangene Revolution hat zwar wesentlich zur Stärkung der formalen Regeln in der politischen Auseinandersetzung beigetragen. Die Umsetzung von politischen Forderungen, welche die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft betrafen, wurden aber von den Machteliten weitgehend blockiert.

Viktor Juschtschenko (2005-2010), der nach einer fragwürdigen nachrevolutionären Wahl die politische Macht übernahm, stand für ein Nationsbildungsprogramm, das eigenständige kulturelle Symbole der Ukraine innenpolitisch in den Vordergrund rückte.

Er verfolgte in seiner Aussenpolitik einen prowestlichen Kurs mit dem langfristigen Ziel einer Integration in die EU. Konfrontiert mit massiven Korruptionsvorwürfen hat er sein ganzes Renome gegen Ende seiner Amtszeit nahezu komplett verspielt.

Sein Nachfolger Viktor Janukowitsch (2010-2014) setzte den prowestlichen Kurs seines Vorgängers zunächst fort. Auch unter seinem Regime grassierte Korruption und Vetternwirtschaft. Wie in Russland erwarben einige Oligarchen riesige Vermögen, indem sie sich Immobilien aneigneten, häufig mit Bestechungen, Drohungen und Gewalt. Er brach dann die Assoziierungsverhandlungen mit der EU ziemlich abrupt ab und sprach sich für einen Beitritt der Ukraine zur Euraischen Union zusammen mit Russland, Weissrussland und Kasachstan aus. Der Grund für diesen Kurswechsel war der Druck aus Moskau, hing doch die Ukraine von den Erdgaslieferungen ihres mächtigen Nachbarn ab. Allerdings hatte Janukowitsch mit seinem Kurswechsel die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn dieser löste insbesondere auf dem Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, Massenprotestdemonstrationen mit Hunderttausenden von Teilnehmern aus, die z.T. in Gewalttätigkeiten ausarteten und verschärfte staatliche Repression nach sich zogen. Der gestürzte Präsident flüchtete in einem Helikopter zunächst in die Ostukraine und von dort nach Russland.

Die Machtdemonstration, die Putin mit der Annexion der Krim aller Welt vor Augen führte, kann als eine direkte Antwort auf die Folgen des Euromaidan gesehen werden. Die russischen Medien feierten die Annexion der Krim als einen grossen nationalen Triumph.

In den Grenzgebieten zu Russland kam es zu prorussischen Demonstrationen, die ab Mitte März 2014 eskalierten und sich in bewaffnete Auseinandersetzungen verwandelten zwischen separatistischen Rebellen, die von russischen Paramilitärs unterstützt wurden, und ukrainischen Kräften. Die Wahlen im Herbst desselben Jahres standen ganz im Zeichen dieses regionalen Konfliktes, der bereits hunderte von Todesopfern gefordert hatte. Im Wahlprogramm der „Volksfront“, die als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging, wurde als Reaktion auf die äussere Aggression eine Stärkung der nationalen Identität gefordert:

„Ohne die zielgerichtete Arbeit zur patriotischen Erziehung der Bürger, ohne eine Politik der Bildung einer gemeinsamen nationalen Identität und ohne den Schutz des nationalen Informationsraums ist unsere Gesellschaft sehr anfällig für

destruktive feindliche Einflüsse.“ (Polo Lehmann und Sven Regel, Putins Erzählung vom wachsenden Nationalismus und was die ukrainischen Wahlprogramme dazu sagen. S.2)

Alle Bemühungen, diesen regionalen Konflikt zu beenden einschliesslich derer des neugewählten ukrainischen Präsidenten Pedro Poroshenko (2014-2019), eines der reichsten Oligarchen der Ukraine, der bereits den Wahlkampf von Juschtschenko finanziert hatte, blieben vergeblich. Putin hatte es offensichtlich darauf abgesehen, die ganze Ukraine zu destabilisieren, um zu verhindern, dass sie in die westliche Umlaufbahn gezogen wird. Wenn die Bevölkerung davon überzeugt gewesen wäre, dass die Anbindung an die EU eine Stärkung des ukrainischen Nationalstaates mit sich bringt, die einer solchen Destabilisierung entgegenwirkt, hätte sie bei den Wahlen 2019 erneut für Poroshenko und seine Partei „Europäische Solidarität“ stimmen müssen. *Stattdessen hat sie mit der Wahl von Selensky und seiner Partei „Diener des Volkes“ ihren Wunsch nach Korruptionsbekämpfung und mehr Demokratie zum Ausdruck gebracht.* Angesichts des Krieges bleibt die Frage offen, ob dem derzeitigen Präsidenten der Ukraine ein effektiver Abbau der Korruption verbunden mit einer Politik der Demokratisierung als Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Modernisierung des Landes gelungen wäre. (Auf einer Wahlzeitung aus dem Jahre 2019 mit dem Titel „Diener des Volkes“ lautet die Schlagzeile über Selensky: „Beim Präsidenten sollte es sich vor allem um einen anständigen Menschen handeln. Das ist die Hauptsache.“ Leider kann man dies vom russischen Präsidenten Putin heute nicht mehr sagen.)

Der Rückgriff auf historisch ältere Kulturschichten in der imperialistischen Propaganda

Die geopolitische Rahmung des Ukrainekriegs in der russischen Propaganda blendet die Bedrohung weitgehend aus, die dem autokratischen Regime durch Demokratiebewegungen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft erwächst. Der Kreml weiss nicht erst seit dem „Euromaidan“, dass Protestbewegungen eine Eigendynamik entfalten können, die ein Regime zu Fall bringen können. Signalwirkung kam bereits vor der Ukrainekrise 2014 der „Rosenrevolution“ in Georgien (2003), der „orangenen Revolution“ in der Ukraine (2004) und der „Tulpenrevolution“ in Kirgistan (2005) zu. Unvergessen geblieben sind aber auch die Ereignisse des „arabischen Frühlings“ ab 2011, die zu friedlichen Regimewechseln geführt, z.T. aber auch in Chaos und Bürgerkriegen geendet haben. Auf Proteste im eigenen Land reagiert das Putin-Regime seither sehr heftig in einer Eskalationsspirale, die die Repression verstärkt.

Neben der direkten Repression gegen Oppositionelle begann eine umfassende Kampagne gegen Versuche der „Falsifizierung der Geschichte zum Nachteil der Interessen Russlands“, die auf pseudowissenschaftlichen Theorien zur Wiederherstellung des russischen Imperiums basierte. Mit dem Rückgriff auf historisch ältere Kulturschichten des Russischen Kaiserreichs oder sogar älterer Zeiten des Moskauer Zarenreichs und der Kiewer Rus sollte die Bevölkerung mit dem Anspruch einer „legitimen“ geografischen Ausdehnung des neuen Imperiums vertraut gemacht werden. Bei der Revitalisierung dieses imperialen Konzept kam der Russisch-Orthodoxen Kirche eine Schlüsselrolle zu. Sie unterstützt nicht nur die „Militäraktion“ in der Ukraine, sondern sie stellt auch die Menschenrechte und universelle Werte in Frage. Man kann im Zusammenhang mit diesem imperialen Konzept einer „russischen Welt“, die von den dekadenten Einflüssen der westlichen Kultur gesäubert werden soll, durchaus von einem „Geschichtskrieg“ sprechen, mit dem die Bevölkerung durch jahrelange Propaganda auf den wirklichen Krieg vorbereitet worden ist, der derzeit in der Ukraine im Gange ist. Obwohl der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine in der Weltöffentlichkeit in hohem Masse als illegitim betrachtet wird und entsprechende Sanktionen nach sich gezogen hat, scheint der Verlust an internationalem Ansehen bisher kaum negative Auswirkungen auf die interne Legitimität des russischen Regimes zu haben. Dies etwa im Gegensatz zum Vietnamkrieg, in dem Antikriegsproteste in einem wesentlichen Masse dazu beigetragen haben, dass die Regierung unter dem Druck der Bevölkerung ihre Kriegspläne schliesslich aufgeben musste.

Von Antikriegsprotesten geht derzeit keine Gefahr für das autoritäre Regime in Russland aus. Der Protest bleibt anonym, unorganisiert und schwach. Dies hat nicht nur damit zu tun, dass die Opposition und damit jede gesellschaftliche Selbstorganisation präventiv mehr oder weniger komplett ausgeschaltet worden sind, sondern dass die Kriegspropaganda, wonach sich Russland gegen die Einmischung des Auslandes in seine inneren Angelegenheiten wehren müsse, bei der Mehrheit der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fiel. Ein Hauptgrund dafür dürfte darin liegen, dass es dem „informationalen Autoritarismus“ Putins gelungen ist, die Bevölkerung mittels modernster Informationstechnologien sukzessive gegen den Informationsraum abzuschirmen, der durch die globalen Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet worden ist. Der „Informationskrieg“ hat seinen Höhepunkt kurz nach der Invasion in die Ukraine mit einer Änderung des Strafgesetzbuches

im Eilverfahren erreicht: Die Verbreitung von „Falschinformationen“ über die „Spezialoperation“ und die Diskreditierung der russischen Armee können seither mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden.

Die russische Philologin und Medienanalytikerin Irina Zaffirian spricht im Zusammenhang mit diesem „Informationskrieg“ auch von einem „linguistischen Krieg“, in dem der russischen Kultur ein enormer Schaden zugefügt wird.

Zusammenfassend in Bezug auf den gegenwärtigen Ukrainekrieg kann man sagen: Das erste Opfer dieses Krieges war nicht die Wahrheit, denn diese war schon längst zuvor gestorben.